

1770/AB XXI.GP
Eingelangt am: 16.03.2001

Bundeskanzler

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Lunacek, Freundinnen und Freunde haben am 18. Jänner 2001 unter der Nr. 1725/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Einsatz und Wirkung von NATO - Munition mit abgereichertem Uran im Balkankrieg gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Eine unmittelbar nach Bekanntwerden eines Verdachts der Gesundheitsgefährdung durch Munition mit abgereichertem Uran durchgeführte stichprobenartige Blutuntersuchung bei 53 Soldaten durch die Truppenärztin des österreichischen Kontingents im Kosovo erbrachte bei den untersuchten Soldaten keine pathologische Veränderung der weißen Blutzellen. Über den Sachverhalt der DU - Munition bzw. im Einsatzraum vorhandener Munitionsteile wurde das österreichische Einsatzpersonal umfassend informiert.

Zu Frage 2:

Das Bundeskanzleramt richtete zur Koordinierung der Hilfsaktivitäten für den Kosovo am 7. April 1999 die Steuerungsgruppe für die Hilfsaktion der Bundesregierung für Vertriebene aus dem Kosovo ein, in der ein Großteil der angesprochenen Nichtregierungsorganisationen vertreten waren. Im Laufe der regelmäßigen Besprechungen dieses Gremiums wurde der Einsatz von DU - Munition bzw. allfällige daraus folgende Gesundheitsbeeinträchtigungen bzw. diesbezügliche Untersuchungen nicht besprochen.

Zu Frage 3:

Wie zu Frage 2 ausgeführt, wurden Fragen des Hilfseinsatzes der NGOs im Kosovo im Rahmen der genannten Steuerungsgruppe besprochen. Keine der Nichtregierungsorganisationen berichtete in diesem Rahmen über Probleme bei Patienten mit Immunschwächeerkrankungen, daher ist die Frage mit nein zu beantworten.

Zu Frage 4:

Im Jahr 1999 gab es keine Informationen über verstrahlte Gebiete im Kosovo und eine mögliche Gesundheitsgefährdung von Rückkehrern.

Die Äußerung in Bezug auf die Berücksichtigung einer Gesundheitsgefährdung bei Rückkehr bezieht sich nur auf den Behandlungsbedarf und die Gesundheitsversorgungsmöglichkeit von Kranken und gefährdeten Personen in der Herkunftsregion im Kosovo.

Bei der Beratung zur freiwilligen Rückkehr der in der Unterstützungsaktion des Bundes und der Länder betreuten kosovarischen Kriegsvertriebenen erfolgte auf Basis von Informationsmaterialien, die der UNHCR, die KFOR, die UNMIK und OSZE zur Verfügung stellten. Informationsmaterial über verstrahlte Regionen wurden weder von der OSZE noch von KFOR und UNHCR zur Verfügung gestellt.

Zu Frage 5:

Die Organisation der Rückkehr im Zusammenhang mit freiwilliger Rückkehr erfolgte stets unter Einbindung der Internationalen Organisation für Migration und des UNHCR, die beide im Kosovo tätig sind und niemals einen Einspruch erhoben haben. Abschiebungen in das Kosovo erfolgten im Luftweg nach Pristina unter Einbindung der UNMIK.

Zu Frage 6:

Diese Frage betrifft keinen Gegenstand der Vollziehung.

Zu Frage 7:

Meines Wissens hat mein Amtsvorgänger das Thema Uranmunition anlässlich der Konferenz von Sarajewo nicht erwähnt. Die Gründe hierfür sind mir nicht bekannt.

Zu Frage 8:

Ich verweise auf die Anfragebeantwortung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten (1728/J).

Zu Frage 9:

Die österreichische Bundesregierung orientiert sich in der Frage einer allfälligen Gesundheitsgefährdung am derzeitigen Erkenntnisstand.

Eine wissenschaftliche Untersuchung im Rahmen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) vom 13. März 2001 über die Auswirkungen von DU - Munition im Kosovo Krieg konnte in den untersuchten Gebieten keine weitverbreitete Bodenkontamination feststellen. Daraus wird gefolgert, dass die entsprechenden radiologischen und chemischen Risiken als unbedeutend einzustufen sind.

Die Studie kommt weiters zu dem Ergebnis, dass den in spezifischen Situationen auftretenden Risiken (z. B. direkter Körperkontakt mit DU - Munition) mit bestimmten Vorsichtsmaßnahmen begegnet werden kann. Darüber hinaus werden wegen der nach wie vor bestehenden Unklarheiten bezüglich der Langzeitfolgen von DU - Munition - etwa auf das Grundwasser - in Zusammenarbeit von Vereinten Nationen, IAEA und WHO weitere Untersuchungen erwogen.